

Die Politik wird weiblicher – aber nur langsam

WAHLEN Frauen sind in der Politik nach wie vor untervertreten. Dabei sind ihre Wahlchancen nicht schlechter als jene von Männern – sie kandidieren aber seltener. Die Gründe dafür sind vielfältig.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Seit letzter Woche ist das Tessin ein Sonderfall in der Schweizer Politiklandschaft: Nachdem die zurückgetretene FDP-Politikerin Laura Sadis im fünfköpfigen Staatsrat von ihrem Parteikollegen Christian Vitta abgelöst wurde, hat der Südkanton die einzige Kantonsregierung, in der keine einzige Frau sitzt. Schon in zwei Wochen könnte das Tessin allerdings Gesellschaft bekommen: Am 10. Mai findet in Luzern der zweite Wahlgang für den Regierungsrat



«Im Vergleich zu den umliegenden Ländern ist die Schweiz noch immer ein patriarchalisch funktionierendes Land.»

MAYA GRAF,
CO-PRÄSIDENTIN ALLIANCE F

statt. Die SP-Frau Felicitas Zopfi, welche die zurückgetretene Yvonne Schärli ersetzen soll, dürfte im Rennen um die zwei verbleibenden Sitze einen schweren Stand haben.

Im Schnitt bestehen die Kantonsregierungen aktuell zu 24,7 Prozent aus Frauen. Der Anteil liegt zwar höher als noch vor vier Jahren. Der jahrelange Anstieg, der nach Einführung des Frauenstimmrechts eingesetzt hatte, hat sich allerdings abgeschwächt. Auch in den kantonalen Parlamenten stagniert der Frauenanteil. Und auf Bundesebene ging er 2011 erstmals leicht zurück (siehe Grafik).

«Brunner-Effekt» ist verpufft

Vor allem in den 1990er-Jahren sei die Vertretung der Frauen in der Schweizer Politik stark angestiegen, sagt Sarah Bütikofer, Politikwissenschaftlerin der Universität Zürich. Mitverantwortlich dafür war der so genannte «Brunner-Effekt»: Nachdem das Parlament der Genfer SP-Nationalrätin Christiane Brunner die Wahl in den Bundesrat verwehrt hatte, kam es zu Protesten empörter Frauen. Die Parteien reagierten darauf und förderten Frauen stärker, wie Bütikofer erklärt. Inzwischen ist der «Brunner-Effekt» allerdings verpufft.

Der Frauendachverband Alliance F und die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen wollen den Trend nun wieder umkehren: Mit der Aktion «Frauen wählen!» rufen sie Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu auf, bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober mehr Kandidatinnen zu wählen. «Wir wollen die Frauen mobilisieren und eine Diskussion an der Basis anstossen», erklärt die Co-Präsidentin von Alliance F und grüne Nationalrätin aus Baselland, Maya Graf.

Männer trauen sich mehr zu

Frauen wählen – schön und gut. Bloss: So einfach ist das nicht. Denn Frauen werden nicht nur seltener gewählt, sondern kandidieren auch seltener als Männer. Bei den Nationalratswahlen 2011 waren lediglich 32,8 Prozent der Kandidatinnen weiblich.

«Es ist vielleicht schwieriger, Frauen von einer Kandidatur für ein politisches Amt zu überzeugen», sagt die Urner FDP-Nationalrätin Gabi Huber. «Wenn sie dann aber Ja sagen und gewählt



Frauen werden nicht nur seltener gewählt; sie kandidieren auch seltener als Männer.
Keystone/Peter Schneider

werden, sind sie sehr motiviert und oft pflichtbewusster als Männer.»

Diese Ansicht teilt Sarah Bütikofer: «Männer trauen sich ein politisches Amt eher zu.» Sie sieht daher vor allem die Parteien in der Pflicht. «Wenn sich die Parteien nicht bemühen, Frauen zu nominieren, passiert nichts.»

Natürlich ist mit der Nomination allein noch nichts erreicht. Für eine erfolgreiche Wahl sei die politische Erfahrung entscheidend, sagt Bütikofer. Daher könne Frauenförderung nicht erst bei der Kandidatensuche beginnen.

Für Gabi Huber beginnt es bereits in der Schule. Der Staatskundeunterricht sei sehr wichtig, um bei Mädchen und Knaben gleichermaßen das Interesse für Politik zu wecken.

Gesellschaftliches Problem

Aus Sicht von Maya Graf liegt das Problem allerdings tiefer. Die Schweizer Gesellschaft sei in Sachen Gleichstellung im Rückstand. «Im Vergleich zu den umliegenden Ländern ist die Schweiz noch immer ein patriarchalisch funktionierendes Land.» Das Thema Gleich-



«Es ist vielleicht schwieriger, Frauen von einer Kandidatur für ein politisches Amt zu überzeugen.»

GABI HUBER,
NATIONALRÄTIN (FDP, URI)

stellung sei deshalb keineswegs ein Frauenthema, sondern betreffe Frauen und Männer gleichermaßen. Graf nennt als Beispiel das Arbeitsleben. Es fehle an bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten, an Tagesschulen und flexiblen Arbeitszeiten, die es jungen Frauen und Männern erlauben würden, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Daneben auch noch ein politisches Amt auszuüben, sei eine zusätzliche Herausforderung. «Die Dreifachbelastung schreckt viele Frauen davon ab, in die Politik zu gehen.»

Linke im Vorsprung

Ihre eigene Partei sieht Graf als Vorreiterin in Sachen Frauenförderung. Die Grünen böten beispielsweise ein Mentoringprogramm an, in dem junge Politikerinnen von älteren Parteikolleginnen betreut werden. Das zahle sich aus: «Wir haben überhaupt keine Mühe, Kandidatinnen zu finden.»

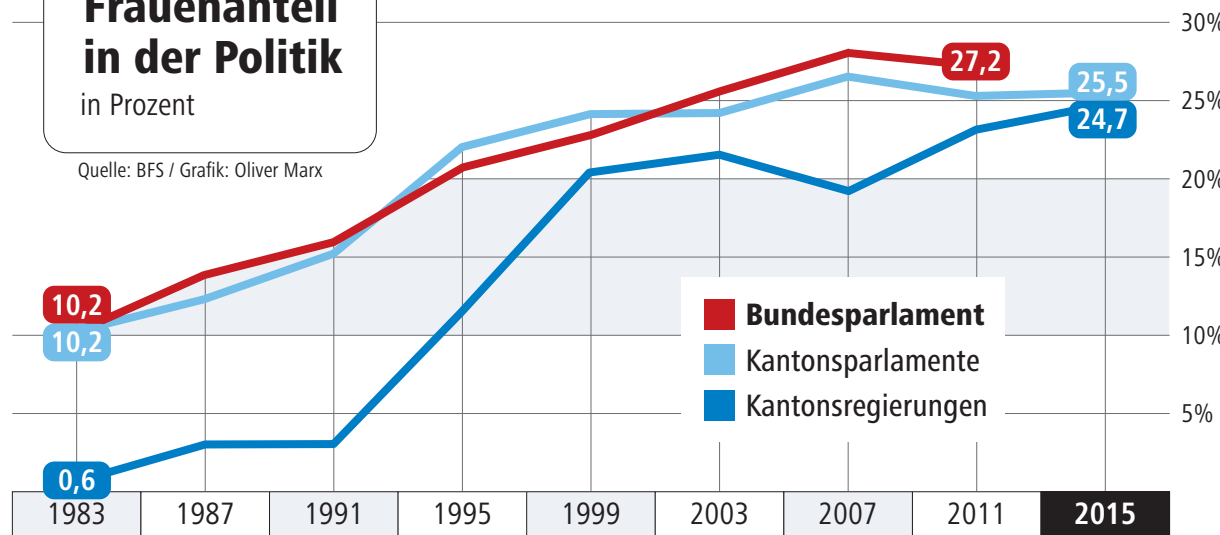
Tatsächlich stellen die linken Parteien im Parlament verhältnismässig viele Vertreterinnen. Vernachlässigen die Bürgerlichen die Frauenförderung? Gabi Huber widerspricht: Die FDP biete Frauen und Männern die gleichen Chancen. «Bei uns wird niemand, der politische Ambitionen hat, zurückgebunden.» Dass der Frauenanteil auf linker Seite höher ist, erklärt sie sich damit, dass es in diesen Parteien viele Berufspolitiker gibt, während bürgerliche Parlamentarier in der Regel neben ihrem Amt noch berufstätig sind – was die Vereinbarkeit von Politik und Familie zusätzlich erschwert.

Laut Huber läuft die Zeit jedoch für die Frauen. «Das Frauenstimmrecht wurde vor rund 40 Jahren eingeführt. Es ist normal, dass es mehr als ein paar Jahrzehnte braucht, bis die Frauen zahlenmässig das gleiche Niveau wie die Männer erreichen.» Der Aktion «Frauen wählen!» steht die FDP-Politikerin skeptisch gegenüber, obschon sie sich an dem Aufruf beteiligt hat. «Wahrscheinlich werden damit vor allem Frauen angesprochen, die ohnehin Frauen wählen würden», so Huber. Sie selbst entscheide bei Wahlen nicht nach Geschlecht, sondern nach Fähigkeiten der Kandidierenden.

Maya Graf hingegen wählt bewusst Frauen, wie sie sagt. Und sie ist zuversichtlich, dass es ihr bei den diesjährigen nationalen Wahlen wieder mehr Stimmbürger gleichgültig: «2015 wird ein gutes Jahr für die Gleichstellung werden.»

Frauenanteil in der Politik in Prozent

Quelle: BFS / Grafik: Oliver Marx



Von der Männerbastion zur Frauenmehrheit

GESCHICHTE Ick. «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich», hielt die Bundesverfassung 1848 fest – gemeint waren allerdings nur die Männer. Auch in politischen Fragen hatten Frauen anfangs nichts zu sagen. Das änderte sich jedoch nach und nach:

1868: Anlässlich der Verfassungsrevision im Kanton Zürich fordern Frauen das Wahlrecht – vergeblich.

1909: Verschiedene Vereine, die sich für das Stimm- und Wahlrecht für Frauen einsetzen, schliessen sich im Schweizerischen Verband für Frauenstimmrecht (SVF) zusammen.

1958: Riehen (Basel-Stadt) führt als

erste Gemeinde der Schweiz das Frauenstimmrecht ein.

1959: Erstmals wird auf eidgenössischer Ebene über das Frauenstimmrecht abgestimmt. Die Stimmbürger lehnen das Anliegen mit Zweidrittelmehrheit ab. Gleichzeitig gewährt Waadt als erster Kanton den Frauen auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht.

1971: Weil der Bundesrat der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beitreten will (welche die politischen Rechte auch für Frauen vorschreibt), bringt er das Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene er-

neut vors Volk. Diesmal resultiert eine Ja-Mehrheit von 65,7 Prozent.

1984: Die freisinnige Zürcher Nationalrätin Elisabeth Kopp wird zur ersten Bundesrätin gewählt. Fünf Jahre später tritt sie wegen der «Telefon-Affäre» zurück.

1990: An der Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden lehnen die Stimmbürger das Frauenstimmrecht zum wiederholten Mal ab. Das Bundesgericht zwingt den Kanton jedoch im gleichen Jahr dazu.

2010: Nach der Wahl von Simonetta Sommaruga stellen die Frauen im Bundesrat erstmals die Mehrheit.